Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Vietnam und kein Ende ; Die Risse im Ostblock ; Israelischer Kolonialismus? ; Der Judenstaat ; Für ein freies Mozambique ; Nachtrag

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141588

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vietnam und kein Ende Die neue *amerikanische Regierung* sucht vorsichtig und bedächtig den Ausweg aus dem von Gefahren strotzenden Dschungel, in den ihre Vorgängerin die Vereinigten Staaten tiefer als je hineingeführt hat. An die grossen, schreienden Missstände im öffentlichen Leben der USA wagt sich Präsident Nixon natürlich von vornherein nicht heran: an die Massenarmut, das Städteelend, die Rassenfeindschaft. Sie zu beheben ist ja auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht möglich – und auch die Regierung Nixon ist doch nichts anderes als der «geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse» ihres Landes. Es gehören ihr denn auch zwei Geschäftsadvokaten, drei Bankiers und vier als Professoren getarnte Rechtfertiger der bestehenden Ordnungen an, zusammen neun von fünfzehn Kabinettsmitgliedern. Und von den übrigen sechs kommen vier gleichfalls aus der Welt der grossen Geldgeschäfte, während zwei sich in der Parteipolitik hinaufgearbeitet haben. Aber auch im Rahmen des Systems hat die neue Regierung noch keinen grösseren Versuch gemacht, der *Wirtschaft* vermeintlich gesunde, kräftigende Antriebe zu geben. Wohl herrscht nach wie vor Hochkonjunktur; die Gewinne der Aktiengesellschaften (nach Abzug der Steuern) sind von 1960 bis 1967 um durchschnittlich mehr als zehn Prozent jedes Jahr gestiegen. Allein die Krankheitsanzeichen sind auch in diesem «blühenden» Wirtschaftskörper nicht zu übersehen. Die Ausweitung der Geschäftstätigkeit, die unter normalen Umständen vier bis sechs Prozent im Jahr betragen sollte, ist in den letzten vier Jahren zusammengenommen kaum vier Prozent stärker gewesen als in den vorhergehenden vier Jahren. Gleichzeitig wächst die öffentliche und private Schuldenlast und mit ihr verbunden die Preisaufblähung fort und fort. Und die Zahlungsbilanz, das heisst das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben im Verkehr mit dem Ausland, bleibt so passiv, dass der Dollar auf dem Weltmarkt weiterhin beunruhigend schwach dasteht. Amerika gibt international gesehen andauernd mehr aus als es einnimmt, lebt also über seine Verhältnisse.

Auch der *Vietnamkrieg* hat der schlaffen Wirtschaft der Vereinigten Staaten nicht wirklich aufhelfen können. Die herrschende Klasse braucht zwar dringend eine riesige Militärmaschine mit entsprechend massiven Rüstungs- und Kriegsausgaben der Regierung als die bequemste und ergiebigste Art, ihre Profite so nutzbar zu machen, dass die Wirtschaft nicht wieder in Krise und Massenarbeitslosigkeit verfällt wie in den dreissiger Jahren. Aber mit all dem Aufwand an Menschenkräften und Geldmitteln, die in den Vietnamkrieg seit Jahren gesteckt werden, genügte er doch nicht, um der Wirtschaft diejenige Ausweitung zu sichern, die sie normalerweise braucht, um nicht in Lähmung und Versumpfung zu fallen. Was Wunder, dass gerade aus der Geschäftswelt der Ruf nach Abbruch des Vietnamkrieges immer lauter wird. Und es besteht kein Zweifel daran,

dass Präsident Nixon diesen Ruf nicht nur hört, sondern ihm auch zu willfahren wünscht. Dass Mitglieder seiner Regierung nun sogar offen ihre Bereitschaft erklärt haben, dem Eintritt von Kommunisten in eine südvietnamische Koalitionsregierung keine Schwierigkeiten mehr zu machen, weist unzweideutig in diese Richtung. Man führt auch da und dort die Ernennung eines Kleinstadtadvokaten aus dem Mittelwesten mit ausgesprochen draufgängerisch-nationalistischen Vorstellungen zum Wehrmachtminister auf Nixons Hoffnung zurück, im Fall eines amerikanischen Rückzugs aus Vietnam die Militärführer und ihren Anhang eher beschwichtigen und bei der Stange halten zu können, als wenn statt dieses Mr. Laird ein pazifistisch angehauchter Politiker an der Spitze der Pentagon-Bürokratie stünde. (Auch der Rückzug Frankreichs aus Algerien war nur unter der Führung eines konservativen Nationalisten wie General de Gaulle möglich.) Inzwischen sind auch schon direkte, geheim geführte Verhandlungen zwischen Washington und Hanoi aufgenommen worden, die neben den offiziellen Pariser Gesprächen hergehen. Aber soviel man weiss, sind sie über die ersten Anfänge noch nicht hinausgekommen, obschon sie auch von Saigon aus mindestens nicht durchkreuzt werden.

Mag dem sein, wie es will, Regierung und kapitalistische Oberschicht der USA möchten gewiss aus Vietnam nur zu gern und so schnell als möglich herauskommen. Aber *können* sie es auch, ohne mit Südvietnam auch den ganzen Südosten Asiens zu verlieren und den Traum sich verflüchtigen zu sehen, dass China durch den Weltgendarmen Amerika vom Kommunismus befreit werde? Präsident Johnsons halbe «Kapitulation», mit der vorläufigen Einstellung des Luftkriegs gegen Nordvietnam und der Eröffnung von Friedensverhandlungen in Paris, ist zwar von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten merkwürdig gelassen hingenommen worden und hat die kriegsfeindliche Bewegung geradezu entwaffnet, weil scheinbar unnötig gemacht. Würde aber ein Entschluss Nixons, Vietnam überhaupt sich selber zu überlassen (wenn auch nur nach und nach), auf die gleiche Loyalität bei den Scharfmachern treffen und auch sie zu entwaffnen vermögen? Es ist vorderhand zweifelhaft. Viel hängt dabei von der Haltung Nordvietnams und der südvietnamischen Befreiungsfront ab, die es bisher den «Gemässigten» in den USA so schwer wie möglich gemacht haben, einen Rückzug aus dem Vietnamabenteuer anzutreten, der nicht als katastrophale Demütigung Amerikas wirken müsste. Verdient hätte Amerika eine solche Demütigung ganz gewiss; aber ist es wirklich Sache Nordvietnams und des Vietcong, diese moralische Bestrafung der Vereinigten Staaten dadurch herbeizuführen, dass sie den Krieg mit all seinen Greueln und Opfern bis zum erhofften hundertprozentigen Endsieg fortsetzen, um die Amerikaner dann gründlich «ins Meer werfen» zu können? Vorerst bemerkt man jedenfalls noch keine ernsthaften Anzeichen für einen militärischen Zusammenbruch der USA-Front. Die Amerikaner scheinen sich vielmehr, wie das schon lang von oppositionellen Politikern und Militärs verlangt wird, auf die Festhaltung einer Reihe von Réduitstellungen zu beschränken, die schwer zu erobern sind, und mit ihrer Luftwaffe die von den Gegnern beherrschten mehr ländlichen Gebiete zu verwüsten. Wie lang

das noch gehen wird und wieviel und welcherlei Druck von innen und aussen nötig sein wird, um in Washington den Entschluss zur bedingungslosen Räumung Vietnams reifen zu lassen, ist völlig ungewiss. Die amerikanische Militärkaste politisch zu entmachten, wird ein hartes Stück Arbeit für Nixon sein, wenn er sich je darauf einlassen sollte.

Die Risse im Ostblock Wieweit die *Sowjetunion* auf den Fortgang der Verhandlungen über Vietnam Einfluss nehmen kann, steht dahin. Sie spielt ja hier eine Doppelrolle. Einerseits will sie als Vorkämpferin der unterentwickelten Völker gegen den westlichen Imperialismus gelten und muss darum auch in der Vietnamfrage irgendwie gegen die Vereinigten Staaten auftreten. Anderseits darf sie es darüber nicht zu einem radikalen Bruch mit Amerika kommen lassen, schon im Hinblick auf den «gemeinsamen Feind» *China* nicht. Wie unvermindert heftig die sowjetisch-chinesische Spannung ist, haben die rätselhaften Grenzscharmützel am Ussurifluss neuerdings anschaulich genug gezeigt. Nicht dass China mit Recht Ansprüche auf sowjetisches Gebiet in Ostsibirien machen könnte. Es könnte vielleicht die Herausgabe eines Stücks von Sinkiang verlangen, das die am weitesten nach Westen vorgeschobene Provinz der Chinesischen Volksrepublik bildet, haben doch die Russen im Jahr 1871, als Peking mit der Unterdrückung eines inneren Aufstands beschäftigt war, ein Stück von Chinesisch Turkestan besetzt und es bei den Vertragsverhandlungen von 1881 nicht zurückerstattet. Aber auf Ostsibirien kann das neue China kaum alte Rechte geltend machen. Mit Ausnahme von Sinkiang, so schreibt im «New Statesman» (21. März) Professor Owen Lattimore, einer der besten Sachkenner in asiatischen, besonders fernöstlichen Fragen, «haben die Russen starke geschichtliche Gründe dafür, dass sie kein Gebiet an sich gerissen haben, das von Chinesen bewohnt oder von Peking aus wirksam beherrscht war».

Um so unverständlicher ist der Streit um ein paar Quadratkilometer unbewohnten Landes am und im Ussurifluss, in dem die Chinesen höchstens Fischfang treiben können. Man muss deshalb die jüngsten Grenzzwischenfälle, die offenbar von chinesischer Seite absichtlich dramatisiert wurden, einfach als eine von vielen Ausdrucksformen der russisch-chinesischen Todfeindschaft ansehen, wie sie sich bei allen möglichen, oft sachlich ganz gleichgültigen Anlässen immer wieder kundgibt. Vielleicht dass Mao, ohne dessen Willen am Ussuri nichts passiert wäre, gerade jetzt das Bedürfnis empfand, in seinem noch nicht abgeschlossenen Kampf wider die «Gegenrevolution» sich und der Welt die völlige Einheit der chinesischen Nation zu beweisen, wenn es gelte, Angriffe von aussen zurückzuschlagen, ob sie nun den Vereinigten Staaten direkt oder von ihren russischen «Handlangern» ausgingen ... Es ist überhaupt ein Widersinn, dass ein sozialistisches Land wie China einem anderen sozialistischen Land Gebietsforderungen wie irgendeinem kapitalistischen Staatswesen stellt. Und nicht viel weniger merkwürdig ist es, dass die Sowjetregierung sich bei den imperialistischen Mächten in einer amtlichen Note über die chinesischen Ansprüche beschwert

und sie durch Öffnung ihrer Akten als ungerechtfertigt nachzuweisen sucht. Aber man sieht nur wieder, auf welcher Höhe sozialistischen Denkens und Wollens die Führer der beiden «revolutionären» Weltmächte stehen!

Der Sowjetregierung kann man jedenfalls glauben, dass sie keinen ernsthaften Grund hatte, in Ostsibirien die Chinesen herauszufordern, auch wenn ihr die dortigen Grenzzwischenfälle nicht ganz ungelegen kamen, um mit Berufung auf die Gefahr im Fernen Osten ihren Rückzug in der Auseinandersetzung um Westberlin verständlicher zu machen. Moskau hat jetzt mit seinen Satelliten im Westen soviel zu tun, dass es Verwicklungen im asiatischen Osten weniger als je brauchen kann. Seine Bemühungen um eine *kommunistische Weltkonferenz* (ohne und gegen China) haben einen Misserfolg um den anderen erfahren, bis schliesslich der 5. Juni als vorläufig endgültiger Tag des Konferenzbeginns festgesetzt wurde. Ob aber an diesem Gipfeltreffen wirklich die «Breschnew-Doktrin» durchdringen wird, die den Mitgliedstaaten des Warschaupaktes nur eine begrenzte nationale Souveränität zuerkennt und ihre Streitkräfte einem russisch bemannten Einheitskommando unterstellt haben will, das ist doch mehr als fraglich. Polen, Bulgarien und natürlich Ostdeutschland werden zwar für alles zu haben sein, was die Sowjetzentrale will. Aber *Rumäniens* Widerstand gegen die völlige politische und militärische Gleichschaltung der Warschaupaktländer mit der Sowjetunion wird wohl so wenig zu brechen sein wie sein Widerstand gegen die Eingliederung seiner Wirtschaft in das Comecon-System. Dass *Jugoslawien* erst recht nicht mitmachen wird, ist von vornherein gegeben; seine Bestrafung durch die Abwesenheit der Sowjetblockvertreter (mit Ausnahme der Rumänen) vom Neunten Parteitag der jugoslawischen Kommunisten sagt schon alles.

Den offiziellen Vertretern der *tschechoslowakischen* Kommunisten freilich werden die Hände gebunden sein. Allein ihr Volk werden sie nicht hinter sich haben. Die «Breschnew-Doktrin» war ja vor allem auf die Tschechoslowakei gemünzt, und wie explosiv sich der Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen die Aufhebung der nationalen Selbstbestimmung und der politischen Freiheitsrechte äussern kann, haben die kürzlichen Massenkundgebungen in Prag und anderwärtig anlässlich des Erfolges der CSSR-Eishockeymannschaft gegenüber den sowjetischen Spielern erneut erwiesen. Moskau hat zwar auf diese Kundgebungen mit der gewohnten Brutalität geantwortet und der «schwächlichen» Prager Regierung unter Androhung eines neuen militärischen Eingreifens befohlen, die «antisozialistischen» Kräfte endlich wirksam in ihre Schranken zu weisen. Die Regierung Cernik hat denn auch den Befehl gehorsamst ausgeführt und, von der Führerschaft der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften gedeckt, besonders die Pressefreiheit noch kräftiger geknebelt als schon bisher. Aber der Widerstand im Arbeitervolk, bei den Schriftstellern und Journalisten wie bei den Studenten macht sich nun erst recht geltend und wird auch mit dem vollkommensten Unterdrückungsapparat nicht wirklich gebrochen werden. Vielleicht bietet sich allmählich doch auch die Erkenntnis aus, dass eine offene russische Militärdiktatur dem jetzigen unwürdigen Zustand vorzuziehen sei, der es den Sowjets in Konfliktsfällen immer erlaubt,

ihren Willen durchzusetzen, aber der Prager Regierung die moralische Verantwortung dafür aufbürdet. Ob wenigstens unter den vielerlei kommunistischen Parteien ausserhalb des Sowjetblocks genügend Anhänger der Moskauer Linie zu finden sein werden, um ihr gegenüber den Hemmungen im Ostlager selber zum Durchbruch zu verhelfen, bleibt abzuwarten. Wenn *etwas* die auseinanderstrebenden Kräfte im ausserchinesischen Weltkommunismus einigermassen zusammenzuhalten vermag, so ist es der gemeinsame Gegensatz zum Weltkapitalismus und – in Europa wenigstens – zu den *westdeutschen Grossmachtplänen,* die auf Kosten des Ostblocks verwirklicht werden sollen. Darum die Budapester Erklärung, die an einer der Tagungen zur Vorbereitung der kommunistischen Weltkonferenz erlassen wurde. Sie rückt die Notwendigkeit einer alleuropäischen Friedensregelung in den Vordergrund – mit Recht natürlich, aber eben doch in der Gewissheit, dass sich die Bonner Republik auf alle absehbare Zeit nicht entschliessen werde, ihre Kriegsrüstung abzubauen und die bestehenden Grenzen und Machtverhältnisse anzuerkennen oder mit der DDR in ein anständiges Verhältnis zu kommen. Und solang sich in der Aussenpolitik der westdeutschen Regierung nichts Grundlegendes ändere – das ist der Gedanke hinter der Budapester Erklärung –, müssten eben die Staaten des Warschaupaktes durch den Moskauer Eisengriff fest zusammengefasst werden, wie das bereits der Tschechoslowakei gegenüber vorexerziert wurde.

Die kommunistischen Diktaturen des europäischen Ostens leben tatsächlich entscheidend von der Wiederherstellung eines höchstgerüsteten Westdeutschlands, dessen begehrliche Blicke nach jenen Osten gerichtet bleiben, das dem germanischen Ausdehnungsdrang zweimal erfolgreich widerstanden hat. Den Urhebern des Budapester Friedensprogramms könnte nichts Ärgeres passieren, als dass Westeuropa es ernst nähme und sich an die Erfüllung seiner Forderungen heranmachte. Nichts könnte wirksamer zur Auflösung des Ostblocks und zur Demokratisierung der kommunistisch regierten Länder beitragen, als wenn die DDR durch Bonn völkerrechtlich anerkannt, atomare Bewaffnung der Bundesrepublik ein für allemal verunmöglicht und ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen würde, das eine Wiederholung sowohl von 1914 als von 1939 glaubhaft ausschlösse. Aber dann wäre es eben auch mit dem Deutschland Adenauers, Erhards und Kiesingers aus und vorbei. *Dieses* Deutschland *braucht* die «Drohung aus dem Osten», wie das Deutschland Wilhelms des Letzten und Adolf Hitlers sie brauchte. Und umgekehrt braucht der Diktatursozialismus des Ostens die *deutsche* Drohung, um sich künstlich am Leben zu erhalten. «Mein Sohn», so soll der Schwede Oxenstjerna seinem Sprössling auf den Weg in die Diplomatie mitgegeben haben, «du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.»

Israelischer Kolonialismus? Im und um den *Nahen Osten* geht die scharfe Auseinandersetzung auf allen Ebenen – politisch, militärisch, diplomatisch – weiter, ohne irgendwelche Möglichkeiten zu eröffnen, wie aus der Sackgasse herauszukommen wäre. Besonders rührig ist die arabische Seite, nicht nur mit ihrem Kleinkrieg

gegen Israel, sondern auch mit ihrer erstaunlich weitverzweigten Propaganda, für die fortwährend neue Organe und Tätigkeitsformen geschaffen werden, und die besonders gern mit der Behauptung arbeitet, *Israel* betreibe mit seiner Besetzthaltung arabischer Gebietsteile einen eigentlichen *Kolonialismus* und stehe dabei zudem im Dienste des amerikanischen Imperialismus. Und sie hat damit auch unverkennbar einen gewissen Erfolg. Es ist namentlich die politische Linke in den westlichen Ländern, die sich für diese Art Propaganda überaus anfällig erweist. Sobald irgendwo das Stichwort «Kolonialismus» oder «Imperialismus» fällt, schnappt ein Teil dieser Linken ganz triebmässig ein, ohne sich ernsthaft zu fragen, ob mit diesen Losungen nicht gelegentlich auch demagogischer Missbrauch getrieben werde. Und in der Nahostfrage *wird* damit Missbrauch getrieben. Man sieht es nur zu deutlich an dem Artikel von H. W. Bartsch, der als Bericht über eine internationale Konferenz «zur Unterstützung der arabischen Völker» zuerst in der «Stimme der Gemeinde» (Frankfurt a. M.) erschienen ist und dann auch in den «Neuen Wegen» Aufnahme fand. Bartsch behauptet auf Grund dessen, was er in Kairo gehört hat, dass Israel weder jetzt militärisch bedroht werde noch es im Juni 1967 gewesen sei. Es sei einfach «in die Rolle des Kolonialherren geraten», so dass man der arabischen Verurteilung Israels «als Aggressor und Handlanger der Kolonialmacht USA» die Berechtigung nicht versagen könne. Das Bestehen eines Staates Israel wird zwar von dem westdeutschen Teilnehmer der Konferenz von Kairo nicht angegriffen, wohl aber die Vorherrschaft der Juden in Palästina, die «Kolonialismus bedeuten» müsse und zugunsten eines Nebeneinander von Arabern und Juden mit Gleichstellung beider Nationalitäten beseitigt werden müsse.

Schöne und grosse Worte – aber Vorsicht gegenüber ihrer Anwendung auf den in Rede stehenden Fall! Zunächst die von Israel nach dem Sechstagekrieg *besetzten Landstriche.* Was diese Besetzung mit Kolonialismus zu tun haben soll, ist unerfindlich. Man kann – wie es der Schreibende tut – tief bedauern, dass sich Israel «wie die anderen Völker» überhaupt auf den Weg der militärischen Sicherung seiner Grenzen begeben hat, statt sein Lebensrecht waffenlos zu sichern. Aber auf diesem Weg tummeln sich ja auch die arabischen Staaten, so dass man Israel (immer von hier aus gesehen) das Recht nicht absprechen kann, bestimmte Gebiete seiner Nachbarstaaten als Pfand festzuhalten, um endlich diese Staaten zur Anerkennung und Garantierung seines völkerrechtlichen Daseins zu veranlassen. Dass die arabischen Regierungen Israels Dasein grundsätzlich ablehnen und nicht erst seit dem Juni 1967, aber damals mit besonderer Leidenschaft und Gehässigkeit die Auslöschung Israels erstrebt und angedroht haben, das kann man doch nur leugnen, wenn man sich allen offenkundigen Tatsachen verschliesst. Nicht der Wille, Israels Grenzen auszuweiten, nicht die Absicht, sich aus dem Gebiet seiner arabischen Nachbarstaaten ganze Stücke herauszuschneiden und dem Judenstaat einzuverleiben, hat Israel im Juni 1967 in den Krieg getrieben, wie das von arabischer Seite behauptet wird, sondern die Entschlossenheit, seine bisherigen Grenzen zu verteidigen, und sein staatliches Dasein überhaupt zu sichern, das die arabischen Regierun-

gen nie anerkannt haben und dem ein Ende mit Schrecken zu bereiten sie tausendmal gedroht hatten. Es ist darum nicht Kolonialismus, was Israel zu einer Pfänderpolitik gedrängt hat, sondern die Ohnmacht oder Unwilligkeit der auswärtigen Mächte, die Israel geschaffen haben, Israel gegen die Drohungen der Araberstaaten wirksam zu verteidigen – von der kläglichen Rolle der Vereinten Nationen überhaupt nicht zu reden.

Israel weiss, dass es von keiner fremden Macht ehrlichen und tatkräftigen Schutz erwarten kann – viel eher von bestimmten Mächten das Gegenteil –, und ist darum entschlossen, sein Lebensrecht mit den Mitteln zu sichern, die es selber in der Hand hat. Man kann die Zweckmässigkeit dieser Mittel anfechten – aber Kolonialismus ist es nicht, was Israel mit seiner Pfänderpolitik ins Werk gesetzt hat. Und ich kann mir nicht helfen: Wenn Israel, wie es ihm von so vielen Seiten her zugemutet wird (auch vom Arbeitsausschuss der Christlichen Friedenskonferenz an seiner Warschauer Tagung), *bedingungslos* seine Pfänder herausgäbe, so wäre das kein Schritt zur Sicherung seines staatlichen Daseins, wohl aber ein vielleicht entscheidender Schritt zu seinem Selbstmord. Die Grossmächte, die Sowjetunion voran, würden schon den Rank finden, um ihm seinen wirksamen Beistand zu verweigern, wenn die Araber dann zum letzten Schlag ausholten!

Israel wird also die besetzten Gebiete nicht herausgeben können, ohne Gewissheit zu haben, dass gleichzeitig sein staatliches Dasein ein für allemal «realpolitisch» sichergestellt würde. Es kann und sollte freilich dieses Tauschgeschäft dadurch erleichtern, dass es sich unzweideutig bereit erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen (Ausnahmen zugunsten Jerusalems und vielleicht der Golamberge wird man nicht ablehnen dürfen), sobald sich die Araberstaaten ihrerseits bereit fänden, im Rahmen einer zuverlässigen internationalen Vereinbarung seine Existenz anzuerkennen. Eine solche beidseitige Verständigungsbereitschaft ist leider bisher nicht ausgesprochen worden. Die Araber beharren steif und starr auf der *bedingungslosen* Herausgabe der Gebietspfänder, die sich Israel gesichert hat. Und diese arabische Unnachgiebigkeit wird natürlich in Israel als Beweis dafür angesehen, dass Kairo, Damaskus und Amman gar nicht daran denken, auf ihre Vernichtungsabsichten gegenüber dem Judenstaat zu verzichten, auch wenn sich Israel auf seine Grenzen vor dem Junikrieg zurückzöge. Das ist für den Augenblick auch höchst wahrscheinlich. Aber es enthebt die Israelis nicht der Pflicht, den Pfandcharakter der besetzten Gebiete über jeden Zweifel hinaus festzuhalten, statt mit der Begründung, dass vorderhand mit den Arabern ja doch kein Frieden geschlossen werden könne, die besetzten Gebiete mehr oder weniger als Bestandteile eines vergrösserten und *dadurch* gesicherten Israel zu behandeln. Denn das tun sie jetzt tatsächlich in erheblichem Ausmass, indem sie alle Widerstandsregungen der arabischen Bevölkerung mindestens in Westjordanien und im Gazastreifen rücksichtslos bestrafen und unterdrücken. Die Unversöhnlichkeit der Araber wird dadurch nur immer neu gestärkt, während sie bestimmt gemildert, ja vielleicht dem Willen zu dauerndem friedlichem Zusammenleben von Ju-

den und Arabern Platz machen würde, wenn völlig klar würde, dass Israel arabisch besiedelte Landstriche wirklich nur *vorübergehend,* aus elementarem Sicherheitsbedürfnis, festzuhalten entschlossen ist. So wie jetzt die Dinge liegen, gibt Israel den Bewohnern dieser Gebiete nur den Vorwand, sich als Gegenstand einer Kolonisierungspolitik zu erklären, so wenig sie trotz allem wirtschaftlich und sozial von Israel ausgebeutet werden, wie das zum Begriff des Kolonialismus gehört. Auf jeden Fall gibt die harte Besetzungspolitik der israelischen Behörden den terroristischen Anschlägen der Araber immer neuen Antrieb, worauf dann Israel seinerseits mit Vergeltungsschlägen antwortet, die zu neuen Terrorhandlungen führen – und so fort im endlosen Kreis herum. Man kann Israel zwar nicht zumuten, sich die verbrecherischen Überfälle arabischer «Freiheitskämpfer» tatenlos gefallen zu lassen; aber man kann ihm zumuten, den Teufelskreis dadurch zu durchbrechen, dass es sein Verhalten gegenüber den Bewohnern der besetzten Gebiete ändert und sich auf die militärische Sicherung der Besetzungskräfte beschränkt.

Eine solche Umstellung erfordert gewiss viel Geduld und viel Glauben an eine heilsame Wirkung eigener Verständigungsbereitschaft auf den scheinbar unversöhnlichen anderen – aber einen besseren Weg zur innerlichen Gewinnung der Araber für die Sache Israels vermag ich nicht zu sehen. Und ich bin auf jeden Fall überzeugt, dass auch diejenigen, die heute in Israel dem Trugbild einer Existenzsicherung aus eigener Kraft und in dauernder Feindschaft gegenüber den Arabern nachjagen, mit beiden Händen zugreifen würden, wenn die Mächte, die den Staat Israel ins Leben gerufen haben, mit wenn auch widerwilliger Zustimmung der arabischen Regierungen diesem Staat die Gewährleistung seines freien Daseins anböten unter der Bedingung, dass seine Regierung zur Räumung der besetzten Gebiete bereit wäre. Phantasien wie die Schaffung eines Grossisraels, das «vom Nil bis zum Euphrat» reichen müsse, können nur solang gedeihen, als man in Israel überzeugt ist, dass man ja doch von allen Seiten verlassen und bekämpft werde, was man auch tue, und Israel darum nur als furchtgebietende Militärmacht – womöglich gar mit Atomwaffen ausgestattet – weiterleben könne.

Der Judenstaat In einem wirklich, also durch eine feste internationale Rechtsordnung gesicherten Israel müsste freilich wie bisher das jüdische Volkstum unzweideutig vorherrschen. Aber auch das ist nicht Kolonialismus. Dazu ist Israel ja gerade geschaffen worden, dass auf seinem Boden die Reste des jüdischen Volkes eine sichere Heimstatt finden und ihre Eigenart entfalten und bewahren können, ob nun in religiösen oder in weltlichen Formen. *Jedes* Volk hat das Recht, sich seiner durch Geschichte und Anlage bestimmten Eigenart gemäss zu entwickeln, auch wenn es sich zu deren Erhaltung gegen andersartige Einflüsse planmässig abschirmen muss. Nicht zuletzt wehrt sich die Schweiz gegen eine hemmungslose Einwanderung von Volksbestandteilen, die – wie Italiener und Spanier – einer anderen Lebensart, Denkweise, Gefühlswelt und Zivilisationsform zugehören. Die Aufnahme von hunderttausenden Palästina-

arabern, die seit Jahrzehnten gegen Israel verhetzt sind, darf man von diesem jungen Staat nicht verlangen.

Die im Land verbliebenen Araber freilich müssen rechtlich und sozial den eingewanderten Juden und ihren Nachkommen gleichgestellt werden, und auch neuaufgenommene Araber werden das volle Bürgerrecht bekommen müssen, wenn sie den Willen zeigen, im israelischen Volkstum aufzugehen. Was in dieser Beziehung von israelischer Seite gefehlt wird, sollte so schnell wie möglich gutgemacht werden und *kann* es auch werden, sofern sich die ganze Haltung der arabischen Welt gegenüber Israel zum Guten ändert. Aber einen jüdisch-arabischen Mischstaat zuzulassen, wie das im Namen der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, gefordert wird, heisst nichts anderes als der Überschwemmung Israels durch arabische Masseneinwanderung Tür und Tor öffnen. Wer im Ernst beansprucht, für die Verteidigung Israels einzustehen, der kann nicht den ganzen Zweck der israelischen Staatsgründung vereiteln wollen. Die Araber brauchen ja auch den Boden des kleinen Judenstaates – er ist nur halb so gross wie derjenige der Schweiz – überhaupt nicht; sie haben riesige, weithin noch ganz unentwickelte Ländereien im Besitz, die für ihre Bedürfnisse noch auf Jahrzehnte hinaus völlig ausreichen. Aber die *Juden* brauchen diesen Boden, um überhaupt noch als ausgeprägte Volkspersönlichkeit bestehen zu können.

Und schliesslich ist Israel einfach eine Wirklichkeit geworden, die geachtet werden muss. Wie Bodo Scheurig, der gefühlsmässig den Arabern sehr viel zugutehält, in der Hamburger «Neuen Politik» (15. März) mit Recht schreibt: «Gewiss muss der jüdische Staat fürchten, noch lange als Fremdkörper empfunden zu werden. Niemand aber kann verkennen, dass er allein in seinem Kampf gegen den Analphabetismus Grosstaten vollbracht hat und damit auch seine Umwelt zu Revolutionen zwingt. Seit Israel existiert, gehen die Uhren im Nahen Osten anders. Die Zeit des sozialpolitischen Schlendrians ist vorbei. Der jüdische Staat wurde zum Stachel, ihm nachzueifern. Das kann – alles in allem – den Arabern nur dienlich sein.»

Zuletzt auch noch ein Wort zu dem Vorwurf, Israel sei zum «*Handlanger der Kolonialmacht USA*» geworden. Auch das ist eine gehässig-ungerechte Entstellung der Tatsachen. Die Vereinigten Staaten betreiben natürlich auch im Nahen Osten eine imperialistische (oder, wenn man lieber will, kolonialistische) Weltpolitik. Aber wenn sich Israel an dieses Amerika politisch anlehnt, so darum, weil es von dorther allein in grossem Massstab Finanz- und Wirtschaftshilfe bekommt und sich – wie zahlreiche andere Gross- und Kleinstaaten – leider auch dem amerikanischen Lebensstil mehr und mehr angleicht. (Den arabischen Ländern wird es mit der Zeit bestimmt ähnlich ergehen...) Deswegen ist Israel noch lang kein Handlanger des amerikanischen Imperialismus, so wenig die arabischen Staaten Handlanger des sowjetischen Imperialismus sind, der sie gegen Israel aufrüstet. Israel kann sich sogar noch viel weniger weltpolitisch isolieren, als dies Ägypten, Syrien usw. tun. Und was im besonderen den amerikanischen Ölkapitalismus betrifft, so hätte der viel mehr Grund, sich der *arabischen* Staaten zu bedienen als Israel, das keine Ölreichtümer hat. Und

tatsächlich vermuten auch manche Beobachter der amerikanischen Politik, dass sie sich unter Nixon mehr und mehr den Arabern zuwenden werde. «Nach den Bankiers», so bemerkt Jean Daniel im Pariser «Nouvel Observateur», «sind die Petroliers die bedeutendsten Geldgeber während Nixons Wahlfeldzug gewesen... Für die Petroliers stellt nun aber Israel eine Hemmung, ein Hindernis, eine Fessel dar... Sie haben längst entdeckt, dass die (arabische) Fortschrittsbewegung sich vom Hass gegen Israel nährte und die nationalistische Leidenschaft anheizte. Die amerikanischen (und britischen) Petroliers beschuldigen die Demokratische Partei, mit ihrer Unterstützung Israels das niederzureissen, was sie aufbauen im Kampf gegen die arabische Fortschrittsbewegung, die nasser-syrische Ansteckung und die sowjetische Durchdringung. Unterstützung für Israel wird ein irregeleiteter Idealismus, und Unterstützung für die Araber wird die Bekundung eines intelligenten Imperialismus.» Und der Verfasser folgert: «Nicht um mit der Sowjetunion zu koexistieren, wird Nixon den Israelis eine Regelung (der Nahostfrage, H. K.) aufzwingen, sondern um die sowjetische Durchdringung der arabischen Welt besser bekämpfen zu können.»

Gegen eine solche «Regelung» wendet sich Israel schon jetzt aufs entschiedenste, könnte sie doch nur zugunsten der Araber ausfallen. Auf jeden Fall ist es aber schon ein merkwürdiger «Handlanger», dieses Israel, das seinem angeblichen Herrn und Meister im Weg steht und von diesem vielleicht kurzerhand auf die Seite geschoben wird – im Bund mit der Sowjetunion selbst, mit England und mit Frankreich, die alle ihre besonderen, hier aber mit den amerikanischen übereinstimmenden Ziele verfolgen. Man sollte wirklich einmal aufhören, Israels Existenzkampf als Kolonialismus und Rassismus anzuschwärzen.* Will man den Staat Israel, so wie er vor mehr als zwanzig Jahren geschaffen wurde, von der Landkarte streichen, so sage man es offen, wie die Araber es tun, die das Kolonialismus-Schlagwort nur verbreiten, weil es nach ihrer Meinung am wirksamsten mithilft, im Westen ihrer Sache Freunde zu gewinnen. Will man es aber nicht, so verlange man auch nicht, dass Israel seine Pfänder herausgebe, ohne vor einem arabisch-sowjetischen Gewaltschlag oder einem Mächtediktat zu seinen Ungunsten sicher zu sein. Und man mute ihm auch nicht zu, in einem Meer von arabischen Einwanderern zu ertrinken, das die grossartigen Aufbauleistungen fortschwemmen würde, die der junge Staat gerade dank seiner jüdischen Eigenart fertiggebracht hat.

Für ein freies Mozambique Die im letzten Heft der «Neuen Wege» gewürdigte Persönlichkeit *Eduardo Mondlanes,* des ermordeten Führers der mozambikanischen Befreiungsfront (abgekürzt FRELIMO), ist in Westeuropa fast unbekannt ge-

---

*Sogar die Schweiz wird von Al-Fatah wegen der vorläufigen Haftentlassung des israelischen «Mörders von Kloten» als Helfershelfer des amerikanischen Imperialismus bezeichnet. Und dass sich der Kanton Bern von den separatistischen Jurassiern französischer Sprache als Kolonialstaat beschimpfen lassen muss, sollte man gleichfalls nicht vergessen.

wesen. Und doch dürfte die von ihm ins Leben gerufene Bewegung nicht nur bei der zukünftigen *Befreiung Mozambiques* von portugiesischer Kolonialherrschaft, sondern auch bei dem zu befürchtenden gewaltigen Rassenkampf in Südafrika und Rhodesien eine bedeutende Rolle spielen. Es mag darum manchen unserer Leser willkommen sein, über die Aufstandsbewegung in Mozambique an der Hand eines in der New Yorker «Monthly Review» (Dezember 1968) erschienenen Aufsatzes von Glyn Hughes einiges Wesentliche zu erfahren.

Die Portugiesen haben sich schon vor 450 Jahren in Mozambique festgesetzt. Aber erst seit den 1890er Jahren haben sie grössere Teile dieses südostafrikanischen Landes zu beherrschen begonnen, das sich 2000 Kilometer lang an der Küste des Indischen Ozeans hinzieht und in seinem noch weithin unerschlossenen Inneren von den Flusstälern des Limpopo und des Sambesi durchquert wird. Die eigentliche koloniale Ausbeutung Mozambiques ist sogar erst seit den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts im Gang. Sie folgt in der Hauptsache der Linie, die den Portugiesen die übrigen Kolonialmächte vorgezeichnet haben. Grosse unentwickelte Gebiete wurden privaten Kapitalgesellschaften zur «Modernisierung» überlassen; ein Netz von Strassen und Eisenbahnen brachte die Erzeugnisse der Kolonie und besonders auch des angrenzenden Rhodesiens an die Küste; ein ausgeklügeltes System von Zwangsarbeit sorgte für billige, wenn auch nicht immer willige Arbeitskräfte. Die weisse Bevölkerung zählt aber noch immer kaum mehr als 100 000 Köpfe, das sind etwa zwei Prozent der Gesamtbevölkerung von rund fünf Millionen. Aber gerade die Masse der sogenannten Vertragsarbeiter, die zum Teil nach Südafrika und Rhodesien geliefert werden und den Zusammenhang mit ihrer Stammesorganisation fast verloren haben, wurde mehr und mehr ein Herd von Unruhe und von Auflehnung gegen die Nutzniesser der Kolonialherrschaft. Dazu kam eine nicht geringe Auswanderung von unabhängig denkenden Mozambikanern in Nachbarländer wie Tanzania, Malawi und Sambia. Und diese Auswanderer waren es denn auch, die im Jahr 1962 den FRELIMO mit Sitz in Dar-es-Salaam gründeten und sich der genialen, ruhelosen Führung Dr. Eduardo Mondlanes unterstellten.

Aus dem Zusammenschluss dreier nationalistischer Gruppen erwachsen, hatte die neue Einheitsorganisation in Mozambique selbst einen mehr als schweren Stand. Die Portugiesen hatten die Bildung und Erziehung der Einheimischen planmässig unterbunden. Bei zweieinhalb Millionen jungen Mozambikanern im Schulalter besuchen heute kaum 500 die wenigen Sekundarschulen. Politische Parteien und Gewerkschaften gab es nicht, als FRELIMO zu arbeiten begann, auch nur wenige Genossenschaften und kulturelle Vereinigungen. Das Programm der Befreiungsbewegung forderte zunächst nur die Errichtung neuer Schulen, von Gewerkschaften, Frauenvereinigungen und anderen Bildungs- und Kaderorganisationen. Von Guerillatätigkeit und gar von sozialistisch-revolutionären Zielen war keine Rede. Allein bald kam von Tanzania her, wo sich die mozambikanische Nationalbewegung frei entfalten und befestigen konnte, der Anstoss zu zielbewusster Erhebung gegen die Fremdherrschaft in Mozambique selber. Und seit

1964 wird besonders in den Nordprovinzen Cabo Delgado und Nyassa ein erbitterter Kleinkrieg gegen die Portugiesen geführt, und zwar mehr und mehr mit überlegter militärischer Taktik. Die Kolonialmacht antwortet mit den von anderswoher nur zu gut bekannten Abschreckungs- und Unterdrückungsmitteln, die oft in schamlose Roheit ausarten. Da die Guerillas selten in grösseren Verbänden auftreten, lassen die Portugiesen ihre Wut mit Vorliebe an der nichtkämpfenden Bauernschaft aus, die Gegensätze zwischen einheimischer Bevölkerung und Kolonialmacht damit nur verschärfend. Die genannten beiden Nordprovinzen sind schon weithin mit FRELIMO-Einrichtungen durchsetzt, und die Bewegung beginnt sich seit dem letzten Jahr auch auf den Westen und Süden der Kolonie auszudehnen. Nach dem Verfasser des uns vorliegenden Berichtes arbeitet FRELIMO bereits in einem Gebiet von 75 000 Quadratmeilen mit 800 000 Einwohnern. Besondere Sorge macht es den Portugiesen, dass die Guerillas nun auch das grosse Staudammwerk von Cabora Bassa bedrohen, das von Südafrika massiv unterstützt wird und mithelfen soll, am Sambesi für eine Million weisser Siedler Raum und Gewinnmöglichkeit zu schaffen. Zwei Bataillone südafrikanischer Truppen sind schon im vergangenen Jahr auf mozambikanischem Boden am Sambesi stationiert worden.

In den teilweise oder ganz von der Befreiungsfront beherrschten Gebieten wird der Entwicklung der Landwirtschaft durch Umstellung auf Lebensmittelerzeugung und Steigerung der Bodenerträge grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Gleichzeitig wird die Volksgesundheit durch Einrichtung von Krankenstationen und Ausbildung von Pflegepersonal planmässig gefördert. Und natürlich werden überall Schulen gebaut und Lehrkräfte ausgebildet. In der Provinz Cabo Delgado zum Beispiel gibt es jetzt (das heisst 1968) fast 100 Schulen gegen nur 39 unter portugiesischer Verwaltung. Anderseits kommt den Portugiesen wachsende Unterstützung durch westeuropäisches und nordamerikanisches Kapital zugut, das in Mozambique angelegt wird und hohe Gewinne erzielt. Die kommenden Jahre werden daher, wie Glyn Hughes glaubt, der Befreiungsbewegung wahrscheinlich schwierigere Aufgaben stellen als die letzten vier Kampfjahre. «Die Führer des FRELIMO geben sich vollauf Rechenschaft darüber, dass der Südteil von Mozambique, südlich des Sambesi, viel härtere Nüsse zu knakken geben wird als die befreiten Nordprovinzen. Das Sambesital, die Häfen von Beira und Lourenço Marques, die Bahnverbindungen mit Rhodesien und den Bergwerken in Transvaal sind lebenswichtig nicht nur für Portugal, sondern auch für Südafrika. Man muss vernünftigerweise annehmen, dass Südafrika sie nicht kampflos preisgeben wird. Wenn Südafrika an der Seite Portugals in den Krieg eintritt, so erwartet die Befreiungsfront keine Hilfe, am wenigsten von den Westmächten. Der Krieg wird gegen eine wachsende Übermacht weitergehen, aber FRELIMO ist des Endsieges gewiss.»

Ob es gelingt, die revolutionären Kräfte der übrigen südafrikanischen Länder mit denjenigen von Mozambique zusammenzuschliessen, lassen die Führer der mozambikanischen Nationalbewegung dahingestellt sein. «Was

aber klar ist», so sagt Hughes, «das ist, dass die Zukunft von Millionen Menschen in Südafrika grossenteils vom Erfolg des FRELIMO in Mozambique abhängen kann. Das ist eine Lage, welche die revolutionären Kräfte allerorten genau beobachten müssen.»

2. April *Hugo Kramer*

Nachtrag. Die obigen Zeilen waren schon dem Druck übergeben worden, als die Agence-France-Presse aus portugiesischer Quelle meldete, dass der Häuptling des Makondestammes (in der Nordprovinz Cabo Delgado) mit 60 000 Guerillakämpfern, dem Hauptharst der FRELIMO-Rebellen, sich den Portugiesen bedingungslos ergeben habe. Wenn das richtig ist, stellt es natürlich einen schweren Rückschlag der Unabhängigkeitsbewegung dar. Aber es ist schleierhaft, wie eine solche plötzliche Massenkapitulation überhaupt möglich gewesen sein soll. Auf keinen Fall wäre damit der Freiheitskampf des Volkes von Mozambique zu Ende. Man wird genauere Berichte abwarten müssen, um hier einigermassen klar zu sehen. (13. April) *H. K.*

An unsere Leser

Wir möchten unsere Freunde bitten, Sonntag, den 4. Mai 1969, für unsere Frühjahrstagung zu reservieren. Wir treffen uns wie üblich im Saal des VHTL, 5. Stock, um 9.15 Uhr morgens.

Es spricht zu uns *Oberkirchenrat Dr. H. Kloppenburg*

Thema: Prag – Leningrad – Los Angeles, Neue Begegnungen mit Christen, Marxisten, Studenten. Diskussion

Der Nachmittag wird den statutarischen Verhandlungen der Religiös-sozialen Bewegung gewidmet sein. Wir werden uns freuen, wenn Sie, der Bedeutung des Referenten entsprechend, recht zahlreich erscheinen.

Für die Religiös-soziale Vereinigung und die Freunde der «Neuen Wege»

Der Vorstand

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Wir möchten ebenfalls aufmerksam machen auf die 50. Jahresversammlung, Sonntag, 27. April 1969, 10.15 Uhr, Gartenhofstrasse 7

14.30 Uhr, Kurzreferate über *chemische und biologische Kriegführung* (Gertrude Baer), *Griechenland* (H. Kremos), *UNCTAD* (B. Wicke)
Gäste sind zu den Nachmittagsreferaten herzlich eingeladen!